

An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

10. August 2018

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In die Ratssitzung am 30. August 2018

Straßenausbaugebühren für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinen Budgets abschaffen, ohne dafür die Grundsteuer zu erhöhen!

Antrag zu beschließen:

1. Die im Zuge einer Straßensanierung resp. Straßenausbaus anfallenden Gebühren für die Anlieger/innen werden für Rentner/innen, junge Familien und sonstige Eigenheimbesitzer/innen mit kleinen Budgets gestrichen, ohne dafür die Grundsteuer zu erhöhen.
2. Bei einer gewährten Ratenzahlung für die Anlieger/innen verzichtet die Stadt auf die Erhebung von Zinsen.

Begründung:

Zu 1. Die Anlieger/innen müssen bis zu 75 Prozent der Kosten einer Straßensanierung schultern und sind so schnell mit Beiträgen von deutlich mehr als 10.000 Euro dabei. Das überfordert viele Anlieger/innen und treibt nicht wenige in den finanziellen Ruin, bis zum Hausverkauf. Betroffen sind Rentner/innen, die keinen Kredit mehr bei der Bank bekommen, junge Familien und sonstige Anlieger/innen mit kleinen Budgets.

Die Grundsteuer darf im Gegenzug nicht erhöht werden, weil sie erstens in der Vergangenheit fast jedes Jahr gegen die Stimme der LINKEN im Zuge der „Haushaltssicherungskonzepte“ angehoben worden ist. Und weil zweitens Eigenheimbesitzer/innen mit schmalen Geldbeutel und Mieter/innen keinesfalls durch eine noch höhere Grundsteuer zusätzlich belastet werden dürfen, welche der Vermieter auf die Miete umlegt.

Zu 2. : Die Stadt darf sich nicht wie eine Bank verhalten und sollte Verständnis dafür aufbringen, das auch viele Normaleinkommensbezieher/innen große Probleme haben, die Straßenausbaugebühren zeitnah komplett zu bezahlen. Die bisher bei einer gewährten Ratenzahlung erhobenen Zinsen von bis zu 6 Prozent müssen entfallen.

Michael Fleischmann